Nr. 14

Bezugs-Preis:
der in der Woche dreizehnmal erscheinenden Zeitung
Vierteljährlich ohne Bringerlohn für Berlin 7 Mk. 50 Pf., für ganz Deutschland durch die Post 9 Mk., Oesterreich-Ungarn 13 Kr. 86 Hell., Holland 7 Fl. 50 Cts., Schweiz 12 Fr. 40 Cts., Dänemark, Schweden und Norwegen 9 Kr. Kreuzbandsendungen 25 Mk.

Berliner Börsen-Zeitung

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin W 8, Kronenstraße 37
Zuschriften nur an die Geschäftsleitung direkt erbeten

Abend-Ausgabe

Bestellungen werden angenommen bei allen Poststanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Geschäftsstelle

64. Jahrg.

Anzeigen-Preis:
Die neungespaltene Zeile 90 Pf.
Reklameteil 3 Mk.
Als besondere Beilagen erscheinen:
Ergänzungen zum Kurszettel :: Zinsschein-Kalender :: Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaft. :: Allgemeine Verlosungslisten mit Restanten-Listen :: Ziehungslisten der Preußischen-Süddeutschen Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone“ | Fernsprecher der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Zentrum 243 u. 12352 | Donnerstag, 9. Januar 1919 | Fernsprecher der Druckerei: :: Zentrum 2488 :: | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verstärkungen für die Regierung.

Zur heutigen Lage.

Die Vermittler haben ihre Rolle ausgespielt. Die fünf Herren, die der Vermittlungskommission angehörten, stehen jetzt völlig isoliert zwischen den Parteien. Der Verhandlungsbericht, den sie über den gestrigen Verlauf der Konferenz in der Reichskanzlei veröffentlicht haben und den wir an anderer Stelle abdrucken, läßt den letzten Rest von Hoffnung auf Vermeidung des allgemeinen Zusammenstoßes schwinden. Die verhandelnden Parteien, die Regierung einerseits und die Vertrauensleute der revolutionären Arbeiter andererseits, scheinen einander bereits nahe gekommen, jedoch schließlich die Verständigung an dem starren Festhalten der Eichhornpartei an der Besetzung des „Vorwärts“. Man kann es dem Zentralrat, der als Beauftragter des Kabinetts die Verhandlungen für die Regierung führte, nicht verdenken, daß er, obwohl die Freigabe der bürgerlichen Presse bereits zugestanden schien, auf seiner Forderung beharrte, daß die Räumung des „Vorwärts“ die Grundbedingung bilde. Hätte der Zentralrat hier nachgegeben, so würde er die Partei der alten Sozialdemokratie gegen sich aufgebracht haben; auch ist nicht zu bezweifeln, daß die bürgerlichen Kreise trotz der möglichen Freigabe ihrer eigenen Blätter einen solchen Entschluß nicht gebilligt haben würden, denn der Schlag, den Herr Eichhorn gegen den alten „Vorwärts“ führte, traf nicht nur dessen Anhänger, sondern jeden, der nicht zu Spartakus schwört.

Das Angebot, das die Vermittler an beide Parteien richten, und durch das sie ihre weiteren Dienste im Interesse der Aussöhnung zwischen den feindlichen Brüdern anbieten, dürfte unbesehen verhallen. Die Ereignisse drängen zur Entscheidung. Mit jedem Augenblick wächst die Kraft der Regierung, mit jedem Augenblick lodert aber auch die fanatische Wut der kommunistischen Banden heller empor. In immer stimmloserer Weise werden sie von ihren Führern aufgereizt, denen die Appelle der Regierung an die bürgerlichen Kreise wirkungsvolles Agitationsmaterial bilden. Ueber die neue Kampfesfahrt des Organs der U. S. P. verbreiten wir uns an anderer Stelle. Bilder noch heut die „Rote Fahne“. Es macht den Eindruck, als ob sich in die Sprache der Spartakisten schon die ersten Töne der Verzweiflung mischen. Vorläufig sind sie noch von der Hoffnung beseelt, daß die kommunistischen Aufstände im Reiche, die bereits hier und da aufgeflackert sind, sich weiter ausbreiten und der Berliner Bewegung die Rückendeckung verschaffen, die nötig ist, um ihren Kampf nicht von vornherein zur Aussichtslosigkeit zu verurteilen.

Die Reichsleitung tritt mit zahlreichen Aufrufen an die Bürgerschaft, besonders an die Heeresentlassenen und Wehrfähigen, heran. Es wird unter Noskes Leitung an dem Aufbau einer regierungstreuen Volkswehr mit breiten Grundlagen gearbeitet. Die Truppenmassen in Berlin und den Vororten werden aufgefüllt. Waffen und Munition werden herangeschafft. Man spürt zum ersten Male seit langer Zeit eine feste Hand in den Maßnahmen der Regierung. Mögen sich Volksbeauftragte und Zentralrat durch nichts beirren lassen, damit die Hoffnungen des vernünftigen Arbeiters und des besonnenen Bürgers nicht zu Schanden werden.

• • •

Die Tätigkeit der Vermittler.

Ueber den Verlauf der gestrigen Beratungen in der Reichskanzlei wird folgendes durch die aus den Herren Dr. Breitscheid, Dr. Oscar Cohn, Dittmann, Haase und Kautsky bestehende Vermittlungskommission mitgeteilt:

Beide Parteien haben sich am Montag, den 6. Januar grundsätzlich bereit erklärt, die Vermittlung anzunehmen und haben für den Eintritt in die Verhandlungen keinerlei Vorbedingungen gestellt. Daraufhin haben die Verhandlungskommissionen Dienstag, den 7. Januar, abends in ihren Sitzungen festgehalten.

Um Blutvergießen zu verhüten, haben wir, obgleich wir diese Verhandlungsgrundlage noch jetzt als richtig anerkennen, folgenden Vermittlungsvorschlag gemacht:

Die Verhandlungskommissionen der Berliner Arbeiterschaft sollen, ohne den Beginn der Verhandlungen abzuwarten, veranlassen, daß die bürgerliche Presse sofort freigegeben wird, alle anderen Fragen sollen zum Gegenstand der Verhandlung gemacht werden. Dabei wird bemerkt, daß ein beide Teile befriedigender Ausgleich auch die Herausgabe des „Vorwärts“ einschließen würde, wie die Verhandlungskommissionen bereits am 7. Januar zugestanden haben.

Die Verhandlungskommissionen haben trotz schwerer Bedenken, aber von dem Bestreben geleitet, Blutvergießen zu vermeiden, diesem unserem Vermittlungsvorschlage zugestimmt und uns ermächtigt, folgendes zu erklären:

Die Verhandlungskommissionen der Berliner Arbeiterschaft beschließen, die Freigebung der bürgerlichen Presse sofort zu erwirken, sofern die Regierung und der Zentralrat sich bereit erklären, nach Durchführung dieses Beschlusses unverzüglich in die Verhandlungen über die übrigen Fragen einschließlich des „Vorwärts“ einzutreten.

Wir unterbreiten den Vermittlungsvorschlag hiermit dem Zentralrat und den Volksbeauftragten und empfehlen die Annahme dringend.

Berlin, den 8. Januar 1919, 8 Uhr abends.

gez. Dr. Breitscheid, Dr. Oscar Cohn, Dittmann, Haase, Kautsky.

Wenn auch unbedingt anzuerkennen ist, daß die Vermittler, die diese Mitteilung unterzeichnen, sich bemühen, eine objektive Darstellung zu geben, so fühlt man doch, daß es ihnen nicht immer gelingt, sich von ihrer aus ihrer politischen Ueberzeugung erklärlichen Neigung nach links freizumachen.

Die Mitteilung ist an folgende Stellen ergangen: Zentralrat der Republik, Rat der Volksbeauftragten, Zentralvorstand der U. S. P. von Groß-Berlin, Aktionskomitee der Revolutionären Arbeiter von Berlin.

Die Kieler Eiserne Division im Anmarsch auf Berlin.

Abfahrt von Kiel.

Kiel, 9. Januar. (T. U.)

Die aus Freiwilligen von Heer und Marine gebildete „Eiserne Division“ hat gestern abend Kiel verlassen. In einer am Bahnhof vom Vorsitzenden des Deckoffizierbundes gehaltenen Rede Abschiedsansprache betonte dieser, daß man nicht wisse, wohin es gehe, aber man wisse, wofür es gehe! Fürs deutsche Vaterland! Da heiße es: Alle Kräfte einsetzen! Begeistert stimmten Truppen und Volksmenge in das den Scheidenden gebrachte dreifache Hurra ein. Die Fahrt der unter Befehl des Kapitän zur See Noehr stehenden, aus zwei Reimentern zusammengesetzten Division geht zunächst nach Doberitz.

Die Augustaner für die Regierung.

Im heutigen „Vorwärts“ sind folgende Ausführungen:

„Die Augustaner lehnen ein Vorgehen gegen den „Vorwärts“ ab.

Das Augusta-Regiment hatte sich in der letzten Nacht auf Veranlassung der Regierung marschbereit gehalten, um den „Vorwärts“ zu stürmen. Die Soldaten beschlossen jedoch, zunächst mit der Besatzung des „Vorwärts“ in Verbindung zu setzen, um einmal genaueres darüber zu erfahren, was eigentlich das Ziel der revolutionären Arbeiterschaft sei. Sie sandten zu dem Zweck einen Kraftwagenführer nach dem „Vorwärts“, der sich informieren sollte. Der Mann fuhr bald zurück, um Bericht zu erstatten, wurde aber wahrlich von den Augustanern abgesandt, um sich über einige Punkte noch näher zu informieren. Er bekam unterwegs Aufenthalt, so daß bei den Augustanern die Meinung entstand, er sei von der Besatzung des „Vorwärts“ inhaftiert worden. Darauf begab sich ein Leutnant sowie ein Offizierstellvertreter zum „Vorwärts“, um sich selbst Aufklärung zu verschaffen. Die Unterredung mit der „Vorwärts“-Besatzung, Genossen Ostermann sowie einem anderen Genossen war inhaltlich etwa folgende:

Der Offizier: „Was wollen eigentlich die revolutionären Arbeiter, was sind ihre Forderungen?“

Antwort: „Sofortige Einführung des Sozialismus, Enteignung der Großbetriebe usw.“

Der Offizier: „Das ist ganz gut und wohl. Die Forderungen begreife ich, aber wenn man die Spartakisten nicht wäre!“

Antwort: „Der Spartakusbund will aber ganz nichts anderes. Bitte lesen Sie doch unser Programm.“

Das Ergebnis der Unterredung war dann dieses:

Der Offizier rief aus: „Hätten wir das gewußt!“ Er erklärte dann, gewissermaßen mit Handschlag, daß die Augustaner keinerlei Schritte gegen den „Vorwärts“ unternehmen würden und sich unter Freundschaftsversicherungen wieder ab.

Hierzu gibt der Soldatenrat des Ersatzbataillons Augusta folgende Erklärung ab:

Es ist nicht wahr, daß das Ersatzbataillon auf Veranlassung der Regierung marschbereit gehalten wurde, um den „Vorwärts“ zu stürmen. Es ist unwahr, daß vom Ersatzbataillon ein Kraftwagenführer nach dem „Vorwärts“ gesandt wurde, um Informationen über die Ziele der revolutionären Arbeiter einzuholen. Der Tatbestand ist lediglich folgender:

Am Montag, den 6. Januar, traf in Berlin der Stab der 216. Infanterie-Division ein. Dieser soll beim Ersatzbataillon Augusta demobilisiert werden. An Geschütz und Gerät brachte der Stab u. a. ein Personenautomobil mit. Dieser Wagen wurde auf der Straße von Spartakisten angehalten und gezwungen, für diese Waffen und Munition zum „Vorwärts“ zu fahren. Das Auto wurde weiterhin mit Führer festgehalten. Da das Ersatzbataillon die volle Verantwortung für das ihm zugeteilte Heeresgerät trägt, wurde ein Mann zum „Vorwärts“ gesandt, um Nachfrage über den Verbleib des Wagens zu halten und dessen Rückgabe zu fordern. Dieser Kamerad war bis 8 Uhr abends nicht in die Kaserne zurückgekehrt.

Es lag daher die Vermutung nahe, daß er im „Vorwärts“ festgehalten wurde. Ein Offizierstellvertreter des Ersatzbataillons machte sich daraufhin abends auf den Weg zum „Vorwärts“, um über den Verbleib des nicht zurückgekehrten Kameraden Nachforschungen anzustellen.

Es wurde festgestellt, daß der Kamerad, der Informationen über den Verbleib des Kraftwagens einholen sollte, mit dem Bescheide wieder entlassen worden wäre, „der Kraftwagen wird noch gebraucht, und deshalb nicht herausgegeben.“

Der Offizierstellvertreter hatte mit dem Führer der Besatzung des „Vorwärts“ eine private Unterredung. Keineswegs hatte aber der Offizierstellvertreter den Auftrag, irgendwelche Erklärungen über die Haltung des Ersatzbataillons abzugeben. Offiziere sind im Ersatzbataillon Augusta nicht mehr vorhanden, so daß auch die Angabe über Verpflichtung durch Handschlag hinfällig ist. Es muß an dieser Stelle gesagt werden, daß die Augustaner nach wie vor für die Regierung eintreten werden.

Knapp,
Bataillonsführer und Soldatenrat.
Mellmann,
stellvertretender Kommandeur und Soldatenrat.

Abgelehnter Vermittlungsvorschlag der Marine.

Der Präsident des Freistaates Oldenburg-Ostfriesland, Fuhrt, forderte in einem an den 5er Ausschuß der Marine gerichteten Telegramm die Matrosen Albers und Wengora auf, dem Rate der Volksbeauftragten einen Vermittlungsvorschlag zu unterbreiten, der den Austritt von Ebert, Scheidemann und Noske aus der Unabhängigen und einem Kommunisten anstrebt.

Albers und Wengora übermittelten diesen Vorschlag dem Zentralrat, der nach längerer Verhandlung folgendes schriftlichen Bescheid gab:

Berlin, den 8. Januar 1919.

An den
Zentralrat der Marine N. M. A.
Berlin.

Die Kameraden Albers und Wengora sind infolge Ermächtigung mit dem Vermittlungsvorschlag an den Zentralrat herangetreten:

„Um dem Blutvergießen Einhalt zu gebieten, richten wir an den Rat der Volksbeauftragten das dringende Ersuchen, dadurch die Ursache der Kämpfe aus der Welt zu schaffen, daß drei Mitglieder der Regierung, und zwar Ebert, Scheidemann und Noske, demissionieren und dafür zwei Unabhängige und ein Kommunist in das Kabinett eintreten.“

Der Zentralrat hat diesen Vorschlag beraten und ist zur einstimmigen Ablehnung gekommen, weil diese Vorschläge keine geeignete Grundlage zu Verhandlungen bieten können.

Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschlands.
gez. Leinert.

Die „Freiheit“ eine öffentliche Gefahr!

Auch der einfachste Sinn hat begriffen, daß in diesen dunklen Tagen und Stunden in den Straßen Berlins um das Schicksal und die ganze Zukunft des deutschen Volkes gewürfelt. Vor den Augen kann und nur noch gleichsam bewahren: entweder ein rechtgläubiges Machtgebot der Regierung — oder eine Verständigung der einander kampfbereit gegenüberstehenden Gegner. Es war zweifellos ein Verdienst Haases und Dittmanns, eine solche Einigung versucht zu haben, und es müßte, nun sich die Wage sichtlich auf die Seite der Regierung zu neigen beginnt, doppelt ihre Aufgabe sein, darin trotz des bisherigen Mißerfolges fortzusetzen. Sie müßten dabei das ganze Gewicht ihrer Persönlichkeit bei den revolutionären Obleuten geltend machen, an deren Unzugänglichkeit die Versuche bisher scheiterten. Man beginnt Verhandlungen nicht mit Aussicht auf Erfolg, indem man, wie die Obleute, dem Gegner glatte Unterwerfung anstimmt, und man setzt sie nicht fort, indem man Zugeständnisse nur fordert und nicht ebenfalls macht. Jedenfalls aber müßte es selbst in zweifter Stunde Gebot sein, die bestehenden gefährlichen Gegensätze nicht noch zu vertiefen und gerade weil die mit den Spartakisten gemeinsam operierenden Unabhängigen die Losung der Krise durch einen Aufmarsch und ein Eingreifen der Regierungstruppen ablehnen, sollten sie in einem unablässigen Dämpfen der aufgeregten Leidenschaften ihre eigentliche Aufgabe der Unabhängigen als Mittelspartei sehen. Die heutige Nummer der „Freiheit“ schlägt aber dieser Pflicht geradezu ins Gesicht. Das Blatt der Unabhängigen hat zwar ständig mit der „Roten Fahne“ um den Preis der Verhetzung der Massen gerungen. Was sie sich aber heute leistet, ist nicht bloß eine Schmach und Schande, es ist ein glattes Verbrechen am Volke und an der Freiheit des Wortes. Es scheint, als habe die Tatsache, daß sich bei Bürgertum — viel zu spät! — auf sich selbst zu besinnen anfängt und nicht zur Verteidigung der sozialistischen Regierung und unter ihrem Schutze, sondern zur eigenen Verteidigung und selbständig, zu den Waffen greift, gewisse Leute völlig um Sinn und Verstand gebracht. Da wird wild von der „eisengepanzerten Faust“ der mit ihre „Gottähnlichkeit“ behaupteten Reichsleitung, von den „drohenden Gewaltaten“ der „weißen Garde“ gerede, obgleich die Regierung immer und immer wieder erklärt und bewiesen hat, daß sie nur im äußersten Fall Gewalt anwenden will. Aber das schimmste ist die aufreizend hinterhältige Art, wie gegen die Regierungstruppen agitiert wird. Da wird unter der Ueberschrift „Brutalitäten“, „Mißachtung der weißen Fahne“, „Herausfordernde Schießereien“, „Wahnsinn oder Methode?“ die Sache mit einer empörenden Raffiniertheit so dargestellt, als ginge die „nichtswürdige Schießerei“ um alles in der Welt niemals von den immer unbewaffneten und harmlos demonstrierenden Leuten Liebknechts und Eichhorns, sondern regelmäßig von den aus sicherem Hinterhalt in den Rücken ahnungsloser Passanten feuernden Leuten der Regierung aus. Diese werden merkwürdigerweise stets von brutalen Offizieren geführt und haben kein sehnlicheres Verlangen, als mit Handgranaten um sich zu werfen. Es liegt auf der Hand, daß eine derartige Darstellung und bewußte Umkehrung der Tatsachen, wie sie jüngst schon erregten Massen aufs schlimmste aufreizend wirken muß. Die „Freiheit“ wird gegenwärtig in den Fabriken und Betrieben von allen Arbeiterkreisen gelesen, sie ist das Hauptpropagandamittel der Unabhängigen. Aber den zahlreichen gelegentlichen Arbeiterlesern wird jedoch kaum der eigentliche Zweck dieser gewissenlosen Hetze bewußt werden. Sie werden den Pferdefuß kaum entdecken, der dem Tieferblickenden sofort auffällt, wenn er bemerkt, daß die Passanten, die sich über die „gewissenlose Heckerarbeit“ der Regierungstruppen nach der „Freiheit“ immer am empörtesten zeigten, „zufällig“ meistens — Mehrheitssozialisten waren. Der geheime Zweck ist also, erst durch eine einseitige tendenziöse Darstellung in der Anhängerschaft der regierenden Partei Proselyten zu machen und dann auch gleich die pfahrechtesten Kronzeugen anzuführen. Das nennt man wahrlich Stimmenfang um jeden Preis, denn einen höheren als Bruderblut gibt es wirklich nicht. Das nennt man aber gleichzeitig auch den denkbar schlimmsten Mißbrauch mit der neu gewonnenen Freiheit der Meinungsäußerung treiben, die nicht nur ein hohes Gut, sondern eine noch höhere Pflicht in sich schließt. Ist ein ein seltsamer Anblick, daß gerade die Leute, die früher am heftigsten nach dieser Freiheit gerufen haben, sich jetzt am niedrigsten an ihr vergehen. Sie sagen Freiheit des Wortes und meinen: Freiheit der Lüge!

Das Straßenbild am heutigen Morgen

ist ruhiger, als in den Vortagen. Die Straßen waren zwar in den ersten Morgenstunden recht belebt, aber die Züge, die gegen 8 Uhr dem Stadtinnern zustrebten, waren keine Demonstranten, sondern Geschäftsleute und Angestellte, die durch den Streikverhinderertreik gezwungen waren, ihr Ziel zu Fuß zu erreichen. Es befahren heute morgen die langen Züge, die, je nach der politischen Richtung, dem Tiergarten oder der Reichskanzlei zustrebten. Weder die „Freiheit“ noch die „Rote Fahne“ hatten heute die Massen aufgerufen. Hier und da freilich sah man wohl kleine Trupps linksgerichteter, die den Gefahren der Straße trotzten und unter Hochrufen für oder gegen die Regierung auf- und abzogen. Der heutige Tag kann allerdings noch Ueberraschungen bringen. Aber die unverkennbare Stärkung der Regierung von Stunde zu Stunde macht doch bereits ihren Einfluß geltend. Die zahllosen Müßiggänger bei den Demonstrationen, die zur Stelle waren, solange das Durchziehen der

---

Die Vermittlungskommission hat aus folgenden Vorschlag gemacht:

„Die Vermittlungskommission der Berliner Arbeiterschaft beschließt, die Freigabe der bürgerlichen Presse sofort zu erwirken, sofern die Regierung und der Zentralrat sich bereit erklären, nach Durchführung dieses Beschlusses unverzüglich in die Verhandlungen über die übrigen Fragen einschließlich des „Vorwärts“ einzutreten.

Hierbei war bezüglich des „Vorwärts“ festgestellt worden, daß Verlag, Druckerei und Herausgabe des „Vorwärts“ den bisherigen Firmeninhabern verbleiben sollte.

Auf Grund dieses Vermittlungsvorschlages hat der Zentralrat beschlossen:

Dieser Vorschlag bietet keine Grundlage zu weiteren Verhandlungen. Er verzichtet gegen die in der Revolution erkämpfte unbeschränkte Pressefreiheit. Der Zentralrat würde die Ersetze der Revolution schädigen, denn die Pressefreiheit ist eine ihrer wichtigsten Errungenschaften. Der Zentralrat, der die Aufgabe hat, die Ersetze der Revolution sicherzustellen, kann die Pressefreiheit nicht preisgeben.

Der Zentralrat muß deshalb auf seinem früheren Beschluß bestehen bleiben, wonach die Wiederherstellung der uneingeschränkten Pressefreiheit die Voraussetzung für weitere Verhandlungen sein muß.

Die Antwort des Zentralrats ändert nichts an der bisherigen Situation. Daß der Zentralrat bereit war, mit den revolutionären Obleuten über die sachlichen Differenzpunkte zu verhandeln, war von ihnen bereits bei der grundsätzlichen Annahme unserer Vermittlung erklärt worden.

Die zuletzt an den Zentralrat gestellte Frage ging dahin, ob er bereit sei, über die nachträglich von ihm gestellte Vorbedingung für den Eintritt in Verhandlungen mit den revolutionären Obleuten und den Vertretern des Zentralvorstandes der U. S. P. von Groß-Berlin direkt zu beraten. Das ist in der Antwort des Zentralrats abgelehnt worden. Der Zentralrat und der Rat der Volksbeauftragten haben somit endgültig ihre am 6. Januar ausgesprochene, an keine Vorbedingung geknüpfte Bereitwilligkeit, in sachliche Verhandlungen einzutreten, aufgegeben.

Die Vermittler sehen sich danach außerstande, ihre Tätigkeit fortzusetzen. Sie erklären jedoch beiden Parteien, daß sie jederzeit bereit sind, die Vermittlung wieder aufzunehmen, da sie es für ihre Pflicht halten, alles zu tun, die gegenseitige Zerfleischung der Berliner Arbeiterschaft zu verhindern und Blutvergießen zu vermeiden.

Berlin, den 8. Januar 1919, 8 Uhr abends.

gez. Dr. Breitscheid, Dr. Oscar Cohn, Dittmann, Haase, Kautsky.

In Durchführung des Beschlusses der außerordentlichen Generalversammlung vom 16. September 1918 und unserer Bekanntmachung vom 23., 24., 25. und 26. September 1918 werden die nachstehenden Nummern unserer **Stammaktien** für **kraftlos erklärt:**

701 702 772 775 786 794
797 798 808 829 830 848
849 851 852

15 Aktien à „ℳ 1000.—.

35 36 37 38 39 40
41 42 46 75 76 77
78 79 80 129 130 131
132 143 144 215 216 217
218 291 292 348 349 350
353 354 371 372 373 374
375 376 377 378 379 380
387 388 389 390 406 431
482 483 484 435 436 437
438 451 452 462 463 466
467 468 469 470 471 472
473 474 475 549 550 553
554 577 578 625 626 627
628 629 630 631 632 633
634 639 640 643 644 645
646 650 651 652 653 654
655 656 657 658 659 660
689 690 687 688 689 690
696 696 697 698 699 700
701 702 703 704 727 728
729 730 731 732 733 734
745 746

128 Aktien à „ℳ 800.—.

Berlin, den 6. Januar 1919.

Actiengesellschaft vorm. Frister & Rossmann.
E. Ernst. Heinrich Sprecher.
(2394)

Brandenburg (Havel). Bei der im Handelsregister A unter Nr. 452 eingetragenen Firma **Paul Raebel Nachf. Friedrich Hülsen, Brandenburg (Havel),** ist vermerkt: Die Firma lautet jetzt: **Paul Raebel Nachf. Inhaberin Margarete Hülsen.**

Brandenburg (Havel), 21. Dezember 1918. (2395)

Das Amtsgericht.

In Handelsregister Abt. A ist bei der unter Nr. 352 eingetragenen Firma **August Schreiber, Mühlhausen i. Th.,** am 30. November 1918 eingetragen: Der Architekt, Maurer- und Zimmermeister Wilh. Ernst Schreiber zu Mühlhausen i. Th. ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die Gesellschaft hat am 1. Oktober 1918 begonnen. Zur Vertretung der Gesellschaft ist ein jeder der Gesellschafter ermächtigt. Die Prokura des Architekt Maurer- und Zimmermeisters Wilh. Schreiber ist erloschen. (2396)

Amtsgericht Mühlhausen i. Thür.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister A ist heute unter Nr. 145 die Firma **Karl Spiewok** und als ihr Inhaber der Kaufmann Karl Spiewok in Pasewalk eingetragen. (2398)

Pasewalk, 1. Januar 1919.

Das Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister A ist heute unter Nr. 144 die offene Handelsgesellschaft **Müller & Sohn, Pasewalk** und als persönlich haftende Gesellschafter der Maschinenfabrikant Hermann Müller zu Pasewalk und der Maschinen-Ingenieur Karl Müller zu Pasewalk eingetragen: (2397)

Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1919 begonnen.

Pasewalk, 1. Jan. 1919.

Das Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im hiesigen Handelsregister Abteilung A Nr. 36 ist heute eingetragen die Firma **Alfred Zierndberg** mit Niederlassungsort **Weißensee i. Th.** und als Inhaber derselben der Dampfpflugbesitzer **Alfred Ziernberg** in Weißensee i. Th. Das Geschäft betreibt Lohnpflügereimit Dampfpflügen

Weißensee i. Th., 2. Januar 1919. (2399)

Das Amtsgericht, Abt. 1